

# I. Beilage zu Nr. 97 des Memeler Dampfboot.

„Memeler und Grenz-Zeitung.“

Memel, Mittwoch, den 27. April 1910.

## Preussischer Landtag.

### Abgeordnetenhaus.

57. Sitzung, Montag, den 25. April 1910.

Am Ministerisch: Kultusminister v. Trotz zu Solz.  
Präsident v. Bröcher eröffnet die Sitzung um 11 Uhr 15 Min. Das Haus ehrt das Andenken des verstorbenen Mitgliedes Dr. Dager (Zentr.) in der üblichen Weise.

Die zweite Lesung des

#### Kultus-Gesetz

wird bei dem Kapitel „Universitäten und Charité-Krankenhäuser“ fortgesetzt.

Abg. Dr. Kaufmann (Zentr.):

Wir können uns mit den vorgeschlagenen Bibliotheksgebühren nicht befassen. Das Kolonialrecht muß, wie das ja auch schon im Reichstag gefordert wurde, an Universitäten eine größere Rolle erfahren. Die Zahl der katholischen Theologie Studierenden nimmt immer mehr zu. Es müssen darum mehr Professuren und Seminare für katholische Theologie errichtet werden.

Kultusminister v. Trotz zu Solz:

Gewiß ist es für mich eine Freude und Stolz, wie einige Redner hier bemerken, einen solchen wohl dotierten Etat zu vertreten, und ich glaube, Ihre Zustimmung sicher zu sein, wenn ich dem Finanzminister dafür danke, daß er trotz der bedrückenden finanziellen Lage nicht nur die bisherigen Mittel für kulturelle Aufgaben, sondern sogar noch nicht unerheblich darüber hinaus, zur Verfügung gestellt hat. Natürlich bleiben trotzdem noch manche Wünsche unerfüllt. Auch ich habe als Staatsminister mich beschränken müssen und auf manches wegen der finanziellen Lage verzichten müssen. Die Anforderungen für wissenschaftliche Zwecke sind mit der rapiden Entwicklung der Wissenschaft, namentlich auf naturwissenschaftlichem Gebiete von Jahr zu Jahr gestiegen. Das wird auch in Zukunft vielleicht noch in höherem Maße der Fall sein. Wenn wir die Stellung unserer Universitäten, die sie bisher in der Welt eingenommen haben, erhalten wollen, dann wird es nicht zu vermeiden sein, daß auch in Zukunft noch sehr erhebliche Mittel für Universitätszwecke, für wissenschaftliche Zwecke aufgewendet werden. Ob wir allerdings dabei unbedingt an dem bisher von Preußen mit Stolz verfolgten Grundsatze festhalten können, daß der Staat die allergrößten Kosten zu tragen hat, steht dahin.

England hat namentlich reiche Stiftungen, aus denen so manche Anstalten für wissenschaftliche Zwecke bestritten werden. In Amerika werden auch überaus reiche Mittel aus privaten Händen für wissenschaftliche Zwecke zur Verfügung gestellt. Bei uns geschieht das, wie ich gern anerkenne, ja auch. Aber wenn man die Summe, die in Amerika jahraus, jahrein für solche Zwecke fließt, vergleicht mit dem, was hier bei uns von privater Seite geschieht, so ist das doch bei uns außerordentlich gering. Ich glaube, es wäre im hohen Grade erfreulich, wenn der Sinn des Lebens auch in unsere wohlhabenden Kreise immer weiter einzieht (Zustimmung), und wenn auf diese Weise diese Kreise sich dem Staate, der im Prinzip und in der Hauptsache gewiß diese Aufgaben nicht aus der Hand geben wird, hilfreich zur Seite stellen. Dieses Prinzip, daß der Staat alles allein trägt, müssen wir sehen etwas zu modifizieren. Damit hängen auch die Bibliotheksgebühren zusammen. Sie sind etwas unsympathisch, weil sie eben mit dem bisher festgehaltenen Prinzip nicht mehr voll im Einklang stehen. Aber es ist doch zu berücksichtigen, daß wir hierbei ja die Ermächtigung erbitten, von diesen Gebühren bedürftigen Studenten gegenüber Ausnahmen zu machen. In ähnlicher Richtung liegt die wiederholt gestellte Forderung, daß den Ausländern an den Universitäten gewisse Erleichterungen auferlegt werden. Die preussischen Universitäten haben es stets als einen höchst ehrenvollen Vorzug angesehen, den Ausländern Gastfreundschaft zu gewähren und ihnen ebenso wie unseren Studenten die Hörsäle zu öffnen, damit sie dort aus den Quellen der Wissenschaft schöpfen können, deutsche Wissenschaftler lernen und mit den hier erworbenen Kenntnissen in ihrem Vaterlande wirken können, wo sie dann uns sehr oft treue und wertvolle Freunde sind. Daran wollen wir festhalten. Das entspricht der alten Tradition, das entspricht der hohen Stellung, die unsere Universitäten auch heute noch in der Welt einnehmen, der hohen Stellung, in der sie bezüglich ihrer Gesamtleistungen von keinem anderen Lande überflügelt werden. Trotzdem kann man daran denken, daß da, wo für Universitätszwecke ganz besondere hohe Ausgaben von dem Staate gemacht werden müssen, bei der Einrichtung von wissenschaftlichen Instituten, wo namentlich auch die Platzfrage eine große Rolle spielt, eine entsprechende Erhöhung der Gebühren für die Ausländer eintreten kann. Verschiedene Redner haben des bevorstehenden Jubiläums der Berliner Universität gedacht. Das wird in hiesigen Universitätskreisen gewiß außerordentlich sympathisch berührt, und ich glaube, im Namen der Universität den Dank dafür aussprechen zu können. Es ist dann die Besorgnis ausgesprochen worden, daß wir die Berliner Universität vor den übrigen Universitäten stark bevorzugen. Diese Besorgnis besteht ja schon seit Jahren. Ich selbst habe unter dem Eindruck gestanden, daß Berlin fast bevorzugt würde, und ich bin mit diesem Eindruck an eine Prüfung dieser Frage in meinem Ministerium herangekommen. Ich habe sehr eingehende Ermittelungen anstellen lassen. Danach ist aber die Besorgnis unbegründet. Wir müssen aber die Universität Berlin würdig ausgestatten, würdig der Stellung, die die Universität Berlin als Universitätsstadt hat. Dabei dürfen wir aber keineswegs die anderen Universitäten etwa vernachlässigen, und glauben, daß wir genug getan haben, wenn wir nur Berlin genügend ausgestattet haben. Ich halte auch die Dezentralisation unseres Universitätswesens und -lebens für einen großen Vorzug. Wir müssen auch die übrigen Universitäten pflegen und fördern. (Weisfall.) Dafür, daß wir das tun, kann ich auch einen gewissen Beweis erbringen. In der Kommission hat der Abg. Schmieding in warmer und überzeugender Weise dargelegt, daß an der Universität Münster Mängel beständen. Ich habe darauf Kommissare nach Münster zur Untersuchung der dortigen Verhältnisse entsandt, und auf Grund dieser Untersuchung bin ich zu der Überzeugung gelangt, daß in der Tat für Münster etwas Durchgreifendes geschehen muß. (Weisfall.) Ich bin auch in der glücklichen Lage, bereits heute mitzuteilen, daß der Finanzminister grundsätzlich derselben Auffassung ist. (Weisfall.) Allerdings wird ja ganz wesentlich dabei in Betracht kommen, daß auch die Stadt Münster sich nicht zurückhaltend zeigt. (Weiterfeit.) Und wenn dann die Stadt Münster sich entschließen sollte, ihrem Bürger, dem Abg. Schmieding, für seine Verdienste um die Universität Münster ein Denkmal zu errichten (Weiter-

feit), dann, hoffe ich, wird unten am Sockel in der Legende auch mein Name genannt werden. (Weiterfeit.)

Es sind erhebliche Bedenken gegen den Vorschlag der hiesigen medizinischen Fakultät geltend gemacht worden, der darin gipfelt, die Zulassung als Privatdozent periodisch nachzuprüfen, um gewisse Mängel, die sich hier gezeigt haben, abzustellen. Ich erkenne an, daß dagegen sehr erhebliche Einwendungen mit Recht erhoben werden können. Aber auf der anderen Seite muß ich doch sagen, daß die Zustände auf diesem Gebiete dringend der Abhilfe bedürfen. Es sind verschiedene Vorschläge schon gemacht worden, alle sind immer wieder für ungangbar erklärt worden. Ich würde mich freuen, wenn auch einmal aus dem Kreise der Privatdozenten, die ja dem Zug der Zeit folgend, natürlich auch organisiert sind (Stt.), Vorschläge gemacht würden, wie diesen Mängeln abgeholfen wäre. In der Kommission wurde mir als ein zweckmäßiges Mittel der Abhilfe gemacht, ich möge doch nur meinem einzigen Privatdozenten mehr den Titel Professor verleihen, das würde das beste Mittel sein. Ich weiß nicht — ich will es mir zwar einmal überlegen. (Weiterfeit.) Der Abg. Kaufmann wünscht Vermehrung der katholischen Theologie-Professuren. Die Zahl der katholischen Theologie-Studierenden hat in der Tat in den letzten Jahren sehr zugenommen, und es ist deshalb wohl angezeigt, die angelegte Frage zu prüfen. (Weisfall.) Weiter wünscht man eine größere Fürsorge für das Kolonialrecht an den Universitäten. Es besteht ein Extraordinariat für Kolonialrecht und ein Extraordinariat für Kolonialpolitik an der Universität Berlin. Die außerordentliche Professur für Kolonialwissenschaft ist zwar noch nicht etatsmäßig, aber ich hoffe hierfür Mittel in den Etat in absehbarer Zeit einzustellen. Außerdem haben wir einen besonderen Lehrauftrag für Kolonialrecht an der Universität Münster. Aber auch an den übrigen Universitäten werden Kolonialrecht und Kolonialpolitik zum Teil in Spezialvorlesungen gelehrt. Daß die Kolonialwissenschaft weitere Förderung verdient, erkenne ich ohne weiteres an. Es ist daher meine Absicht, auch noch an anderen Universitäten besondere Lehraufträge für Kolonialrecht usw. einzurichten. Damit glaube ich der weiteren Fürsorge der Kolonialwissenschaften besser zu dienen, als wenn ich nun hier in Berlin ein bestehendes Extraordinariat in ein Ordinariat verwandeln würde. Weiter wünscht man Lehrstühle für Pädagogik. Wir haben an den Universitäten Berlin und Halle besondere Professuren für Pädagogik. Ich will aber diese Anregung im Auge behalten und prüfen, ob es möglich sein wird, noch anderweitige Einrichtungen zu schaffen, um den Unterricht in der Pädagogik in der einen oder anderen Weise zu fördern. Das Genossenschaftswesen und das Genossenschaftsrecht werden heute in Vorlesungen an der Universität selbstverständlich behandelt, erstens in der Nationalökonomie, also in der philosophischen Fakultät, letzteres in der juristischen Fakultät. Es wäre daher irrig, anzunehmen, diese Materie würde nicht genügend an den Universitäten behandelt. Besondere Lehrstühle aber für das Genossenschaftswesen einzurichten, wäre nicht unbedingt notwendig, denn mit demselben Recht könnten andere Spezialgebiete wie Agrarwesen, Versicherungswesen usw. ebenfalls besondere Lehrstühle verlangen. Es wäre auch deshalb nicht angängig, weil das Genossenschaftswesen zu einem Teil in die philosophische Fakultät, zum anderen Teil in die juristische Fakultät fällt. Wir betonen ganz gewiß nicht die große Bedeutung des Genossenschaftswesens. Wir wollen Seminare für das Genossenschaftswesen errichten. Es könnte auf diese Weise dem Wunsche nach größerer Förderung des Genossenschaftswesens an den Universitäten vielleicht besser entsprochen werden, als durch die Errichtung einer besonderen Professur für das Genossenschaftswesen. (Weisfall.)

Abg. Dr. Reiffa (Zentr.):

zollt den Ausführungen des Ministers vollen Weisfall. Je länger Preußen die Einführung des Dr. med. vet. hinauszieht, um so größer wird die Zahl derjenigen sein, die diesen Titel außerhalb Preußens erwerben, um deren Anerkennung wird man dann nicht herumkommen können. Die Bibliotheksgebühren bleiben auch nach den Darlegungen des Ministers uns unsympathisch. Die Repläne der landwirtschaftlichen Vorschulen weisen noch manche Mängel auf.

Abg. Dr. v. Listz (Op.):

begrüßt die Haltung des Ministers in der Ausländerfrage. Der Zubrang von Ausländern zu unseren Bildungszentren hat ja manche Nachteile im Gefolge, aber die Vorteile überwiegen. Für bestimmte Zweige der Wissenschaft, z. B. für die skandinavische Literatur, müssen an unseren Hochschulen Zentralstellen geschaffen werden. Das Extraordinariat für Kolonialrecht muß in ein Ordinariat umgewandelt werden. Deringelassen ist eine Professur für Völkerrecht, überall im Auslande hat man solche. Die Zulassung der Privatdozenten liegt sehr im argen. In Halle z. B. können katholische Dozenten nur mit besonderer Genehmigung des Königs zugelassen werden. Diese Imparität muß beseitigt werden. Ein Universitätsgesetz, das alle diese Fragen regelt, muß baldigt erlassen werden. Es wird auch eine gesetzliche Festslegung der Grundfälle für die Anstellung der Privatdozenten enthalten müssen. Die heutigen Zustände auf diesem Gebiete sind ganz unhaltbar. Auch das Verhältnis der Extraordinariate zu den Ordinariaten ist sehr reformbedürftig. Den außerordentlichen Professoren gebührt Sitz und Stimme in der Fakultät, denn der Extraordinarius vertritt dieselben Funktionen wie der Ordinarius. Ein Universitätsgesetz würde auch die Bedingungen für die Habilitation festlegen, der heutige Zustand, bei dem es z. B. in der Berliner medizinischen Fakultät 131 Privatdozenten gibt, ist unhaltbar. Die Privatdozenten sind heute überaus wissenschaftlich noch so tüchtig sein, wenn ihre Richtung der Fakultät nicht zutrifft, werden sie nie angestellt. Dagegen hat der oberflächlichste Privatdozent, dessen Richtung seinen Ordinarien paßt, begründete Aussicht auf eine Professur. Das Hochschulprogramm eines Kultusministers stelle ich mir so vor: Freieste Selbstverwaltung unter Selbstverantwortlichkeit auf gesetzlicher Grundlage und in gesetzlichen Schranken unter förderndem und rein sachlicher Aufsicht des Staates. Mit einem solchen Programm würde der Minister sich nicht nur den Weisfall dieses Hauses, sondern den Dank aller Universitätskreise erwerben. (Lebhafte Weisfall links.)

Präsident v. Bröcher

macht darauf aufmerksam, daß, wenn das Kapitel „Universitäten“ heute nicht erledigt werde, eine Abend-sitzung erforderlich sein würde.

Abg. v. Negelein (Konf.):

äußert Bedenken gegen die Errichtung einer Universität in Frankfurt a. M. Die Bevölkerungsziffer darf dabei nicht maßgebend sein. Ein Staatsinteresse liegt jedenfalls nicht vor. Aber auch die Bedürfnisfrage für die umwohnende Bevölkerung ist zu verneinen. Marburg, Heidelberg und Gießen liegen in

nächster Nähe und genügen auch wissenschaftlich allen Anforderungen. Warum sollte man Marburgs Entwicklung durch eine zweite preussische Universität für Hessen-Nassau beeinträchtigen? Oder wäre eine neue Universität für den Osten notwendig. Wenn Frankfurt eine Universität haben will, so ist die Stadt reich genug, die Mittel dafür aufzubringen. Wenn man die Universität als eine Entschädigung für den Verlust der staatlichen Selbständigkeit Frankfurts fordert, so lehnen wir Entschädigungen für die Folgen politischer Vorgänge der Vergangenheit prinzipiell ab. Will man aber Frankfurt entschädigen, so sollte man ihm sein früheres Staatsgebiet zurückgeben, das wäre bei der wachsenden Ausdehnung der Stadt eine zweckmäßige Entschädigung. Aber Frankfurt braucht gar keine Entschädigung, denn durch die Zugehörigkeit zu Preußen hat es nur Vorteile gewonnen. Eine Universität in Frankfurt hätte auch gewisse Gefahren, eine Hinneigung zu gewissen parteipolitischen Tendenzen würde wohl eintreten. (Weisfall rechts.)

Abg. Brütt (Freisinn):

weist auf die Mängel bei der Habilitation an den Universitäten hin. Es habilitieren sich zu viele Privatdozenten aus anderen als unterrichtlichen Gründen. Die jetzige Art der Zulassung als Privatdozent leistet der „Schulerei“ und oberflächlichen Tätigkeit der Privatdozenten Vorschub. Auch bei den Vorschlägen der Fakultäten für eine Professur kommt unter Umständen die Willensmeinung einer ganz bestimmten einseitigen Richtung zum Ausdruck. Wenn das der Minister erkennt, soll er eingreifen. Die Fakultäten haben nicht das Berufungsrecht. Es muß hier eine größere Sachlichkeit Platz greifen.

Abg. Dr. Friedberg (Natl.):

Die Bedenken des Abg. v. Negelein gegen die Gründung der Universität Frankfurt würden noch größeren Eindruck gemacht haben, wenn sie nicht von dem Vertreter des Kreises Marburg gemacht wären. Man sollte unserer Ansicht nach dem Bestreben einer Stadt wie Frankfurt, eine Universität zu gründen, nicht entgegenzutreten. (Zehr richtig links.) Wir stehen nach wie vor auf dem Standpunkte, daß die Extraordinariate, die einen bestimmten dauernden Lehrauftrag erhalten, zu Ordinariaten befördert werden sollen. (Weisfall.) Die Zustimmung über die Zulassung zur Privatdozentur muß öffentlich erfolgen; jeder ordentliche Professor muß die volle Verantwortung für seine Stimmabgabe tragen. Dem Ueberhandnehmen der Privatdozenten in der hiesigen medizinischen Fakultät muß entgegengetreten werden. Gegenüber den fremden Studierenden darf nicht zu rigoros vorgegangen werden; wir wollen doch auch unsere Jugend an fremden Universitäten studieren lassen. Eine einseitige Besetzung der theologischen Lehrstühle findet nicht statt. Das Genossenschaftswesen eignet sich nicht für eine besondere Professur; wohl aber müssen an den Universitäten Dozenten vorhanden sein, die praktische Führung mit dem Genossenschaftswesen haben. Auch Seminare für diesen Zweck sind sehr erstrebenswert. Dem Minister ist es gelungen, zu beweisen, daß Berlin gegenüber den anderen Universitäten nicht besonders bevorzugt wird. Aber eine Bevorzugung erblicke ich doch darin, daß alle Spezialitäten zunächst in Berlin berichtigt werden. Aus diesem Grunde ist in der Kommission auch bei dem Lehrstuhl für Anthropologie ein Abstrich gemacht worden. Das Selbstverwaltungsrecht der Universitäten muß ausgedehnt werden. Ein Berufsrecht haben die Fakultäten nicht; das ist ein Vorrecht des Ministers, der hierfür auch die Verantwortung trägt. Für die Berufungen wurden von den Fakultäten übrigens im allgemeinen durchaus sachliche Vorschläge gemacht. Bei der Verwendung der den Universitäten zur Verfügung gestellten Mittel muß den Fakultäten eine größere Freiheit genähert werden. (Lebhafte Weisfall links.) Wünschenswert ist der Erlaß eines Universitätsgesetzes. (Weisfall.)

Kultusminister v. Trotz zu Solz:

Ich kann dem, was ich in der Kommission über Frankfurt a. M. gesagt habe, wesentliches nicht hinzufügen. Der Plan der Gründung einer Universität in Frankfurt a. M. ist in antwortlicher Form noch nicht an mich herangefahren; ich habe deshalb hierzu noch keine Stellung genommen. Es bestehen in Frankfurt eine Reihe von Instituten, für die die Stadt und Private reiche Mittel zur Verfügung gestellt haben. Diese Institute sind allerersten Ranges und erfreuen sich in wissenschaftlichen Kreisen eines hohen Ansehens. Wenn die Stadt der Wunsch hat, diese bestehenden Einrichtungen zu konsolidieren und ihren Zwecken dauernd zu erhalten, und wenn der Staat angegangen wird, bei Erreichung dieses Zieles mitzuwirken, dann glaube ich allerdings, daß es Pflicht des Staates ist, hier nicht kurz wegzulaufen, sondern diese Angelegenheit ernstlich zu prüfen. (Weisfall.) Ob dieser Zweck allerdings am besten durch Schaffung einer Universität erreicht werden kann, lasse ich dahingestellt. — Die Extraordinariate, die einseitig angestellt sind und einen Lehrauftrag bekommen, sollen Sitz und Stimme bei allen Fakultäten-Sitzungen über ihr Fach erhalten. Damit würde auch das Bedenken des Abg. v. Listz hinsichtlich des Kolonialrechts gehoben werden. Den Extraordinariaten soll auch ein gewisses Recht bei den Rektoratswahlen gegeben werden, jedoch so, daß eine Majorisierung der Ordinarien vermieden wird. Mit den Ausführungen des Abg. Friedberg über die Umwandlung der Extraordinariate in Ordinariate kann ich mich durchaus einverstanden erklären. Die Praxis der Universitätsverwaltung geht dahin, bei neuen Disziplinen zunächst ein Extraordinariat zu gründen. Reigt sich dann ein genügender Bedürfnis für diese Disziplin, hat sich die Sache genügend befestigt und sind auch die finanziellen Bedingungen gegeben, so wird diese Stelle in ein Ordinariat verwandelt. Ueber die Habilitationen soll in Zukunft in Berlin in öffentlicher Abstimmung entschieden werden; ich beabsichtige, meine Genehmigung zur gemeinsamen Abstimmung zurückzugeben. Ich habe mich noch nicht von dem Bedürfnis des Erlasses eines Universitätsgesetzes überzeugen können. Die Universitäten haben ihre Pläne unter den jetzt bestehenden Bestimmungen erreicht. Eine gewisse Verschiedenheit der Einrichtungen ist durchaus nicht zu bedauern, eine Umfizierung nach jeder Richtung hin entspricht nicht dem Bedürfnis. Sie würde vielleicht den Zurechtfinden angenehm sein, aber vielleicht den Disziplinen schädlich. Auch würde sich das Universitätsgesetz nur auf einige wenige Bestimmungen beschränken können. Ueber die Befreiung der Lehrstühle kann ich Ihnen folgende Mitteilung machen: Es ist kurz erwähnt worden, daß ein Arzt, ein Professor, eine neue Operationsmethode von großer Bedeutung entdeckt hat, und es wurde auch in der Kommission dem Wunsch Ausdruck gegeben, daß von solchen wertvollen Entdeckungen auch die Wissenschaft auf den Universitäten Gebrauch machen sollte. Diese Operation ist hier in nicht weniger als 135 Fällen angewandt worden. Die Wissenschaft macht also auch von dieser Operationsmethode ausföhrlichen Gebrauch. (Weisfall.)

Abg. Dr. Liebknecht (Soz.):

Unser Hochschulideal läßt sich im kapitalistischen Klassenstaat nicht verwirklichen. Heute ist die Dozentur Klassenfrage, ein

großer Geldbeutel gehört dazu. Degradation der Professoren ist das Ziel der preussischen Reaktion seit jeher. Akademische Freiheit gibt es bei uns nicht, wer davon glaubt, handelt nach der Maxime: Credo, quia absurdum est! In Oesterreich dürfen sich Univeritätslehrer sozialdemokratisch betätigen, bei uns verbietet das die Staatsraison. Die Strafprofessoren, die Fälle Bernhard und Mahlig, zeigen die Herrschaft des Staates über die Universtität. Die herrschenden Kreise wollen ihre Sonderinteressen an den Stätten wissenschaftlicher Bildung zur Geltung bringen. Die Flottenchwärmer fordern Flottenprofessoren, die Landwirte wollen möglichst Tendenzprofessoren. Wir begrüßen den Mut des Rectors der Donner Universtität, der gegen das randalisierende Korps Borussia vorging. Der Rector der Universtität Halle hat sich dagegen eine schwere Ueberschreitung seiner Rectoratsgewalt zu Schulden kommen lassen, indem er bei der Reichstagswahl in Halle die Studenten am schwarzen Brett zu Schlepperdiensten in die Sozialdemokratie aufzuforderte. Welcher Geist in unseren maßgebenden Kreisen überhaupt herrscht, kann man daran erkennen, daß Offiziere im Anschluß an die bekannte Oldenburgische Bemerkung über die Auflösung des Reichstags gesagt haben sollen, es würde ihnen ein Vergnügen sein, einmal zwischen die Quatschköpfe zu fahren. (Heiterkeit.)

Abg. Gypfling (Sp.):

wünscht einen Lehrstoff für deutsche Ordensgeschichte und einen weiteren für slavische Literatur in Königsberg i. Pr.

Abg. Dr. Voss (Zentr.):

Allgemein ist die Ansicht hier zum Ausdruck gekommen, daß die Universtitäten die wichtigsten Kulturträger sind. Der Redner fordert die Reform des juristischen Studiums. Um eine Erweiterung auf sieben Semester werden wir nicht herumkommen. Die Richten bezüglich des Völkerrechts und des internationalen Privatrechts müssen ausgefüllt werden. Auch das philologische Studium muß reformiert werden. Die Ueberfüllung der Universtitäten erfüllt uns mit banger Besorgnis. Dem freien, mündlichen Vortrag der Studenten sollte mehr Aufmerksamkeit zugewendet werden. Mehr als bisher müßte aber auf gutes Deutsch Gewicht gelegt werden.

Der Titel „Universtität und Charitékrankenhaus Berlin“ wird bewilligt.

Beim Titel „Universtität Breslau“ wünschen die Abgg. Stroffer (Kons.) und Graf Hendel v. Donnerstern (Zentr.) Erweiterung der Räumlichkeiten des dortigen wirtschaftlichen Instituts.

Beim Titel „Universtität Kiel“ weisen die Abgg. Wentorp (Freikon.) und Hoff (Sp.) auf die Mängel des zahnärztlichen Instituts hin.

Beim Titel „Universtität Göttingen“ wünscht Abg. Heine (Nat.) die Schaffung einer stationären Klinik, deren gänzliches Fehlen sich sehr unliebsam bemerkbar mache.

Beim Titel „Universtität Bonn“ bespricht Abg. Dr. Hauptmann (Zentr.) die Erzeße von Angehörigen des Korps Borussia. Es sei sehr bedauerlich, daß Leute, die den gebildeten Kreisen angehören, sich zu solchen Erzeßen hinreißen lassen. Von Witz sei nichts zu bemerken gewesen, desto mehr aber von Noheit. (Zustimmung.) Alles kurz und klein zu schlagen, das entspricht nur dem Charakter der schlechtesten Elemente der untersten Volksschichten. Wo kann nur verlangen, daß, wenn Mitglieder der hervorragenden Klassen unserer Gesellschaft einen Witz machen wollen, sie durch Witz hervorragen, aber nicht durch Noheit. (Sehr richtig!) Der Redner wünscht Ausgestaltung des physikalischen Instituts in Bonn.

Abg. Finkmann (Nat.):

schließt sich diesem Wunsche an. Auch er müsse bedauern, daß innerhalb der studentischen Jugend nicht mehr Sinn vorhanden ist für das, was wohlstandlich ist. (Zustimmung.)

Das Haus vertagt sich.

Weiterberatung: Dienstag 11 Uhr.

Schluß 5 Uhr.

## Deutscher Reichstag.

72. Sitzung vom 25. April.

Am Bundesratsstisch: Kommissare.

Präs. Graf Schwerin-Löwitz eröffnet die Sitzung um 2 1/4 Uhr.

Petitionen.

Bei einer Petition des Deutschen Blindenkongresses um Berücksichtigung der Blinden durch Ausdehnung der Invalidenrente auf alle unbemittelten Blinden u. a. tritt

Abg. Giesberts (Zentr.):

dafür ein, daß das Porto für die Beförderung von Büchern und Drucksachen in Blindenschrift herabgesetzt werde.

Die Petition wird dem Reichskanzler teilweise zur Berücksichtigung, teilweise als Material überwiesen.

Eine Petition betr. Abschaffung der Animierneipe wird dem Reichskanzler zur Berücksichtigung überwiesen.

Eine Petition des Vereins deutscher Kaffeegroßhändler betr. den Verkehr mit Kaffeesurrogaten wird dem Reichskanzler zur Erwägung überwiesen.

Verminderung der Reichstagsdrucksachen.

Es folgt die Beratung über einen Bericht der Budgetkommission betr. die Verminderung der Reichstagsdrucksachen. Danach sollen in Zukunft eine Reihe von Druckschriften, die bisher alljährlich erschienen, nur noch alle fünf Jahre ausgegeben werden und auch sonst einige Jahresberichte und andere Drucksachen nur noch in beschränkterem Umfang gedruckt und zwar womöglich in der Reichsdruckerei, die mehr als bisher mit Aufträgen vom Reichsamt des Innern bedacht werden soll.

Direktor im Reichsamt des Innern Caspar:

Das Reichsamt des Innern ist schon seit jeher bemüht, die Reichsdruckerei in erster Linie zu berücksichtigen, allein es läßt sich nicht vermeiden, daß auch andere Druckereien Aufträge vom Reichsamt erhalten.

Abg. Erzberger (Zentr.):

Wir vermüssen eine Erklärung des Reichsamts des Innern, warum die Reichsdruckerei sowohl teurer arbeitet als private Druckereien. Wenn sie erhöhte Beschäftigung erhalten soll, muß sie auch ebenso billig arbeiten als die Privatunternehmen.

Unterstaatssekretär Franke:

Die Reichsdruckerei arbeitet unter anderen Verhältnissen als die privaten Druckereien. Sie muß viele Sägen liegen lassen und auch die Arbeiter, die als Staatsbeamte pensionsberechtigt sind, anders bezahlen als private Druckereien.

Das Haus beschließt nach den Vorschlägen der Kommission.

Errichtung eines Kolonial- und Konsulargerichtshofs.

Es folgt die erste Lesung eines Gesetzentwurfs über die Errichtung eines Kolonial- und Konsulargerichtshofs. Danach soll an Stelle der Obergerichte, die bisher in den einzelnen Schutzgebieten in letzter Instanz Recht sprachen, ein Kolonial- und

Konsulargerichtshof mit dem Sitz in Berlin treten, dem für Kolonial- und Konsulargerichtssachen die Zuständigkeit des Reichsgerichts übertragen werden soll.

Abg. Dr. Am Schönhof (Zentr.):

Wir vermüssen in der Vorlage das Material zur Beantwortung der Frage, ob die Schaffung eines obersten Gerichtshofs für Zivil- und für Strafsachen zweckmäßig ist. Der Reichstag hat seinerzeit verlangt, daß die Strafsachen in letzter Instanz dem Reichsgericht und nur die Zivilsachen einem besonderen Kolonial- und Konsulargerichtshof zugewiesen seien. Die Regelung durch die Vorlage läßt viel an Einseitigkeit zu wünschen übrig.

Abg. Dove (Sp.):

Es ist nicht gerade vorteilhaft, daß der neue Gerichtshof zugleich Revisions- und Berufungsinstanz ist. Den Herren aus Hamburg wäre es vielleicht lieber gewesen, wenn der Gerichtshof in Hamburg statt in Berlin errichtet worden wäre. Ich halte aber Berlin für geeigneter. Es ist kaum möglich, die Vorlage noch vor der Vertagung zu verabschieden. Da wäre es wohl besser gewesen, die Vorlage erst sorgfältig vorzubereiten, ehe sie eingebracht würde. Es hat sich jetzt so herausgebildet, daß in den Kommissionen die Entwurfsentwürfe vollständig umgearbeitet werden müssen, so daß die Regierung gleichsam nur das Thema angibt und der Abg. Erzberger dann erst aus seiner Mappe den eigentlichen Entwurf herausnimmt. (Sehr gut und Heiterkeit.) Jedemfalls begrüßen wir den Entwurf als einen ersten Schritt zur Schaffung eines einheitlichen Kolonialrechts. (Beifall links.)

Abg. Semler (Nat.):

Wir würden es sehr bedauern, wenn die Vorlage nicht mehr von der Kommission erledigt werden könnte, da wir die baldige Verabschiedung des Entwurfs für so wichtig halten. Es wird zu prüfen sein, ob das Laienelement in stärkerer Maße herangezogen werden muß. Nicht als Hamburger, sondern als Fraktionsredner halte ich die Verlegung des Gerichtshofs nach Hamburg für zweckmäßig. Bedenklich erscheint es uns, Verwaltungsbeamte in den Gerichtshof hineinzudelegieren. (Beifall bei den Nationalliberalen.)

Abg. Schulz (Sp.):

Auch wir halten es für höchst bedenklich, den Reichstag noch in letzter Stunde mit so vielen neuen Gesetzentwürfen zu bedaden. Die Anforderungen, die an den Reichstag von den verbündeten Regierungen gestellt werden, gehen zu weit, und es ist zu befürchten, daß die sachlichen Beratungen darunter leiden. Der neue Gerichtshof wird nicht unbeträchtliche Kosten verursachen. Die Verlegung des Gerichts nach Hamburg würde uns nicht zweckmäßig erscheinen sein.

Staatssekretär des Reichskolonialamts Dernburg:

Niemand bedauert es mehr als die Kolonialverwaltung, daß dieser Gesetzentwurf erst so spät eingebracht werden konnte. Allein es bedurfte langer und schwieriger Vorarbeiten, ehe der Entwurf zustande gekommen ist. Uns liegt an baldiger Verabschiedung der Vorlage, weil neuerdings so schwierige und so hochwertige Projekte in den Kolonien entstanden sind, daß ein oberster Gerichtshof, der aus rechtskundigen Männern zusammengesetzt ist, uns unbedingt notwendig erscheint. Wir wären Ihnen deshalb äußerst verbunden, wenn Sie den Entwurf bald erledigen würden.

Abg. Giese (Kons.):

Wir erkennen an, daß die sog. Obergerichte in den Kolonien für die jetzigen komplizierten Rechtsverhältnisse nicht mehr genügen. Wir stimmen daher der Vorlage gern zu, deren Einzelheiten in der Kommission besprochen werden können. Die Bestimmungen über die Zuständigkeit des neuen Gerichtshofs halten wir für zweckmäßig. Ob der Gerichtshof auch als Konsulargerichtshof und als Berufungsinstanz fungieren soll, darüber bestehen unter meinen Freunden Meinungsverschiedenheiten. Wir beantragen Verweisung an eine Kommission von 21 Mitgliedern, haben aber auch nichts gegen eine 14gliedrige Kommission oder gegen Verweisung an die Kommission, die sich mit dem Gesetzentwurf betr. die Entlastung des Reichsgerichts beschäftigt. (Beifall rechts.)

Abg. Stadthagen (Soz.):

Wir schließen uns den Beschwerden über die späte Einbringung neuer Vorlagen vollinhaltlich an. Der vorliegende Entwurf speziell ist noch durchaus nicht genügend durchgearbeitet. Die große Eile scheint nur dadurch erklärlich, daß man offenbar die Interessen der großen Kapitalisten möglichst schützen will. Wir glauben, die Vorlage wird bis zum Dezember Zeit haben.

Abg. Dr. Heckscher (Fortchr Sp.):

Gegen die überhastete Gesetzesarbeit spricht auch das Bedenken, daß die beteiligten Kreise gar nicht Gelegenheit haben, sich mit der Vorlage zu befassen, ehe sie schon fertiggestellt ist. (Sehr gut links.) Die hanseatische Bevölkerung erfährt von dem Entwurf erst am Sonntag und heute Montag steht er schon zur Beratung. Wir geraten ja in einen Gesetzesfanatismus hinein. Eine wahre Sintflut von Gesetzen geht über uns hinweg. (Sehr richtig links.) In der Richtigkeit der Gesetzgebung sind wir nicht mehr zu übertreffen, wohl aber in der Nichtigkeit. (Sehr gut links.) Die Frage, ob Berlin oder Hamburg als Sitz geeignet ist, hat mein Freund Dove in einfacher Weise gelöst, indem er für Berlin eintrat. So leicht ist doch die Sache nicht. Wir sind dafür, daß nicht mehr als nötig zentralisiert wird. Und ich meine, daß sich Hamburg oder Bremen oder Lübeck besser eignen als Berlin für einen obersten Kolonialgerichtshof. Wir haben ja in Hamburg die ausgezeichneten Obergerichtshofe; das käme dem obersten Kolonial- und Konsulargerichtshof bei der Auswahl der Sachverständigen sehr zu statuten. Die Gründe der Regierung für Berlin kenne ich nicht — freilich ohne meine Schuld, denn sie sind in der Vorlage nicht angegeben, aber ich mißbillige sie. (Große Heiterkeit.) Jedemfalls muß in der Kommission ganz sachlich geprüft werden, ob nicht Hamburg der geeigneter Platz ist. (Beifall links.)

Die Vorlage geht an eine Kommission von 14 Mitgliedern.

Der Konsulatsgebührengesetzentwurf.

Staatssekretär des Auswärtigen Amtes v. Schöen

leitet die erste Lesung ein: Die verbündeten Regierungen bedauern, daß dieser Gesetzentwurf in einer so ungünstigen Zeit dem hohen Hause zugeht. Der Entwurf bezweckt, die Beschwerten der Schiffsahrt über den nunmehr fast vier Jahrzehnte alten Tarif abzustellen, der schon lange nicht mehr den heutigen Bedürfnissen entspricht und unsere Schiffsahrt gegenüber der ausländischen Konkurrenz benachteiligt. Der Entwurf schlägt vor, die gänzliche Aufhebung der nationalpolitisch schädlichen und finanziell bedeutungslosen Matrikelgebühren für Deutsche im Ausland für die Gebührenfreiheit für Bedürftige ein und bezweckt eine Herabsetzung der Gebühren für häufige Amtshaushaltungen, sowie für die Tabakfabrikation. Diese Maßregeln führen zu einem nicht unbedeutenden Ausfall der Reicheinnahmen. Deshalb sollen einzelne Gebühren erhöht, bzw. neu eingeführt werden. Der Minderbetrag beträgt fast 400 000 Mk., die Mehrerträge werden auf 235 000 Mk. geschätzt, so daß ein Ausfall von 164 000 Mk. bleibt. Es ist jedoch dringend erforderlich, unsere Schiffsahrt zu entlasten.

Abg. Graf Ranik (Kons.):

Die Notwendigkeit der Verringerung der Gebühren bedarf noch sehr der Begründung in der Budgetkommission.

Abg. Dove (Sp.):

Wir halten die Gebühren-Ermäßigung nicht für so dringend, daß sie notwendig schon jetzt beschlossen werden muß. Der Tarif muß im einzelnen genau geprüft werden.

Abg. Dr. Semler (Nat.):

Quo usque tandem? Es ist wirklich unerhört, daß wir mit solchen Entwürfen noch in letzter Stunde belastet werden. Die Gebühren sind nahezu eine Gewerbesteuer auf die Schiffsahrt. Andere Nationen subventionieren ihre Schiffsahrt, wir aber besteuern sie. Die Herabsetzung der Gebühren ist notwendig.

Die Vorlage geht an die Budgetkommission.

Die Ausgabe kleiner Aktien in Kiautschou.

Nach der Regierungsvorlage, die schon dem Reichstag vorgelegen hatte, aber in der Budgetkommission nicht erledigt worden war, sollen in den Konsulargerichtsbezirken und in Kiautschou Aktien bis zu 200 Mk. ausgegeben werden dürfen, damit die Deutschen bei Gründung der Aktiengesellschaften nicht in schwieriger Lage sich befinden als die Angehörigen anderer Staaten.

Staatssekretär des Auswärtigen v. Schöen

leitet die erste Lesung des Entwurfs ein. Unsere bewährte Aktiengesetzgebung soll nicht durchbrochen werden. Es handelt sich um eine Ausnahmemaßnahme, berechnet für die besonderen Verhältnisse in Ostasien. Der Entwurf entspringt einem lebhaften Wunsche unserer dortigen Kaufmannschaft. Einen Anstoß zur Spekulation für kleine Leute ist nicht zu befürchten; es handelt sich durchweg um erfahrene Kaufleute. Wir erwarten von dem Gesetz den Vorteil, daß deutsche Unternehmungen künftig nicht mehr wie bisher unter fremder Flagge segeln müssen, um der scharfen Konkurrenz begegnen zu können.

Kapitän z. S. Brünninghaus

führt Material zur Begründung der Vorlage an. So künftighin eine deutsche Brauerei, deren Bier an der ostasiatischen Küste wie im Innern sich allgemeiner Beliebtheit erfreut, unter englischer Flagge. Das kann natürlich dem Wunsch nach Ausbreitung unserer Handelsinteressen und unserer deutschen Sprache nicht förderlich sein. Der Entwurf ist dem praktischen Bedürfnis entsprungen, und seine Ablehnung würde in unserem Schutzgebiete große Enttäuschung hervorrufen.

Abg. Schwarke (Zentr.):

äußert namens seiner politischen Freunde schwere Bedenken gegen die Vorlage. Die Erfahrungen mit den englischen Shares müßten vor diesem Wege warnen.

Abg. Ortel (Nat.):

Es ist doch ein Unterschied, ob Aktien im Inlande ausgegeben werden, oder draußen in der Kolonie, wo es sich um die Teilnahme an kolonialen Unternehmungen handelt. Bei 200 Mk. Anteil kommen kleine Leute kaum noch in Betracht. Daß sich des kleinen Mannes die Spekulationslust bemächtigen werde, sei also nicht zu befürchten. Erleichtert das Reich nicht die Beteiligung an unseren kolonialen Gesellschaften, so wird das Kapital ins Ausland gehen. Mit einer gewissen Kautele, die wir beantragen werden, stimmen wir der Vorlage zu.

Abg. v. Richtigshofen (Kons.):

spricht in gleichem Sinne. Das Bedürfnis liegt für Kiautschou vor, aber auch für Südwestafrrika; das geht aus der Rührerigen Denkschrift hervor, man mag sonst zu ihr stehen, wie man will.

Abg. Kaempf (Sp.):

tritt gleichfalls für die Vorlage ein. Es ist sehr fraglich, ob durch die Beschränkung der Aktien auf einen Mindestsatz von 1000 Mk. die Spekulation der kleinen Leute verhindert oder nicht gerade gefördert wird. Jetzt kauft man sich mit 200 oder 250 Mk. eine Aktie von 1000 Mk., beliebt sie und spekuliert mit 4-bis 5-fachem großen Risiko. Es wäre viel besser gewesen, man hätte die englischen Pfandaktien bei uns zugelassen, als daß das deutsche Publikum, das nun einmal international genug ist, um in fremden Werten Geld anzulegen, sich an englische Agenten wendet, um an der Londoner Börse zu spekulieren. Man sollte nicht nur in Kiautschou, sondern in allen Schutzgebieten die 200-Mk.-Aktien zulassen.

Abg. Eichhorn (Soz.):

Wir treten für die Vorlage nicht ein. Es wird natürlich nicht bei dieser ersten Schritt bleiben. Man wird das Gesetz in allen Kolonien einführen, und dann ist nur noch ein Schritt, bis auch in Deutschland kleinere Aktien als zu 1000 Mark ausgegeben werden. Man will auch die kleinen Kapitalisten mit hineinziehen, um die faulen Gründungen des Großkapitals zu unterstützen.

Staatssekretär des Reichsjustizamts Dr. Lisso:

Die Befürchtung, daß man weiter gehen wird und daß schließlich auch eine Einwirkung auf unsere inländische Gesetzgebung erfolgen wird, ist durchaus unbegründet. Ich kann namens der Reichsregierung erklären, daß derartige Erwägungen niemals statgefunden haben. Die Regierung denkt gar nicht daran, an unserer Aktiengesetzgebung in irgend einer Weise etwas zu ändern.

Abg. Schulz (Sp.):

Im Namen der Mehrheit meiner Fraktion habe ich zu erklären, daß wir den Entwurf in der Kommission befürworten und wohlwollend prüfen werden. Wir legen aber Wert darauf, daß er über den in der Vorlage gekennzeichneten Rahmen nicht hinausgreift. Daß keines deutschen Kapital auch Vorteil in den Kolonien zieht, ist wünschenswert.

Abg. Latmann (Wirtsch. Vg.):

Ich nehme das Gesetz ab. Der ganze Mittelstand werde dadurch in ungefunter Spekulation verleitet.

Abg. Dr. Heckscher (Sp.):

äußert Bedenken. Es ist nicht richtig, wenn sich die heimische Gesetzgebung von der der Kolonien entfernt. Mit feierlichen Erklärungen tun wir nichts. Wenn die Entwicklung einmal begonnen hat, ist sie kaum noch zu hemmen. Darum halte ich es für meine verdammte Pflicht und Schuldigkeit, mit allem Ernst gegen diesen Gesetzentwurf zu protestieren. (Beifall bei der Wirtsch. Vg.) Wir wollen jedes Spekulationsfieber vermeiden. Wir dürfen nichts tun, wodurch die Spieltheibenschaft unseres Volkes gefördert wird. Ich stehe trotz der Darlegungen meines Freundes Kaempf dem Entwurf mit aller Stepsis gegenüber. (Beifall bei der Wirtsch. Vg.)

Abg. Dr. Arendt (Sp.):

Ich stimme dem Vorredner durchaus zu. Auch ich halte die Ausführungen des Herrn Kaempf nicht für überzeugend. Mit dieser Vorlage will man den ersten Stein lockern. Kommt der ins Rollen, dann ist kein Aufhalten mehr. Ich lege entschiedenes Gewicht darauf, daß diese Vorlage nicht zustande kommt. Sie liegt nicht im Interesse unserer Kolonien, die dadurch ihre Volkstümlichkeit verlieren könnten. Eine Kommissionsberatung ist gar nicht nötig, denn die Vorlage darf nicht angenommen werden.

Die Vorlage geht an die Budgetkommission.

Dienstag 2 Uhr: Wahlsprüfungen

Schluß 6 1/2 Uhr.

# Provinzielles.

**Ein Telegramm der Tilsiter Ortsgruppe des Hausabundes an dessen Präsidenten.** Im Anschluß an den Vortrag des Direktors des Hausabundes, Oberbürgermeister a. D. Knobloch, hat der Vorstand der Tilsiter Ortsgruppe am Freitag abend folgendes Telegramm an den Präsidenten des Bundes, Geheimrat Nieffer, gesandt:

Geheimrat Nieffer aus Berlin,  
Rom, Piazza del Popolo 3.

Der zündende Vortrag des Direktors Oberbürgermeisters Knobloch hat hier den Hausgedanken zweifellos wesentlich gefördert! Ein Hoch dem Bunde und seinem hochverehrten Begründer und Präsidenten.

Ortsgruppe Tilsit, J. M. Deskan, Vorsitzender,  
Darauf ist nachstehende Antwort eingetroffen:

Roma, 23. April 1910.

Wärmsten Dank! Möge für Deutschlands Erneuerung kräftig eintreten die Stadt, welche Preußens größte Erniedrigung gesehen.

**\* Verband ostdeutscher Industrieller.** Aus der am Mittwoch vergangener Woche in Danzig unter dem Vorsitz des Geh. Baurats Schrey abgehaltenen Vorstandssitzung ist zu erwähnen: Der 1. Verbandsvorsitzende hat in mehreren industriellen Angelegenheiten mit den zuständigen Stellen im Ministerium der öffentlichen Arbeiten persönlich verhandelt. Der Verband hat Material, betr. die preussische Verwaltungreform, gesammelt und an den Zentralverband deutscher Industrieller weitergegeben. Wegen Berücksichtigung der öffentlichen Industrie bei der Vergabe von begünstigten Leistungen und Lieferungen ist der Verband wiederholt höheren Orts vorstellig geworden. Ein Änderungsantrag des Verbandes zu dem vom Feuerversicherungsamt festgesetzten Sicherheitsvorschriften für Fabriken und gewerbliche Anlagen ist berücksichtigt worden. In den Verband wurden aufgenommen: Stolper Bank Aktiengesellschaft, Stolp (Pomm.), Georg Richterfeld, Rentner, Zoppot, Vorsitzender der Korporation der Kaufmannschaft, Tilsit. Zum Kampf im Baugewerbe hat der Verband seine Mitglieder ermutigt, die ausgesperrten Arbeiter nicht in ihre Betriebe einzustellen. Es soll bis auf weiteres eine abwartende Haltung in dieser Angelegenheit eingenommen, jedenfalls aber sollen die Obliegenheiten erfüllt werden, die sich aus dem Kartellverträge mit der Hauptstelle deutscher Arbeitgeberverbände ergeben. Der Vorsitzende berichtete über die Delegiertenversammlung des Zentralverbandes deutscher Industrieller vom 12. April d. Js. Es wurde sodann beschlossen, gegen den Gesetzentwurf, betr. die Zuständigkeit des Reichsgerichts, eine Eingabe an den Reichstag zu richten. Endlich wurde beschlossen, an vier Angestellte der Firma A. Terletzki (Zuh. Ed. Wittke), Orgelbauanstalt in Elbing, Ehrenmünzen für langjährige treue Dienste zu verleihen. Die nächste (100.) Vorstandssitzung soll am 18. Mai d. Js. in Zoppot stattfinden und mit einer entsprechenden Feier verbunden werden.

**\* Personalmeldungen.** Dem Generalmajor z. D. Naah zu Runnersdorf im Kreise Hirschberg, bisherigem Kommandanten des Truppenübungsplatzes Arys, ist der Rote Adlerorden zweiter Klasse mit Eichenlaub, dem Stabsveterinär Richard Barth beim Ulanen-Regiment Graf zu Dohna (Ostpreussischen) Nr. 8 der Königliche Kronenorden vierter Klasse verliehen worden. — Dem Garnisonverwaltungsdirektor Schnelle in Allenstein ist der Charakter als Rechnungsrat verliehen worden.

7/7. April. [Petitionen.] In nächster Zeit wird für unsern Ort eine Entscheidung fallen, die von weitgehender Bedeutung sein wird. Es handelt sich darum, ob das Gericht in Ruß bleibt oder nicht. Sollte das Gericht fortkommen, so würde wohl auch das Postamt zu einer Verwaltungsstelle oder gar Agentur zusammenschrumpfen. Zum hiesigen Gericht gehören bis jetzt die Kirchspiele Karfen, Kallmingen und Schafshagen. Diese Kirchspiele haben nun wie im Jahre 1879 eine Petition an das Justizministerium gesandt, in der die Bitte ausgesprochen wird, genannte Kirchspiele zum Gericht Ruß aufnehmen zu lassen. Für die Petenten ist bekanntlich der Landtagsabgeordnete Dr. Gaigalat eingetreten. Darauf sandte unser Kirchspiel auch eine Petition mit eingehender Begründung und zahlreichen Unterschriften an den Justizminister mit der Bitte, das Amtsgericht für Ruß zu erhalten. Es müßten nun einige Ortsschaften gleichfalls petitionieren und zwar sobald wie möglich, da die Entscheidung in aller nächster Zeit kommen wird. Wir meinen die Ortsschaften Winge, Almath, Jodekrant und Tattamischen. Die Ortsschaft Sätze, die etwa 4 Km. von Ruß entfernt liegt, gehört zum Amtsgericht Ruß, dagegen Almath, Jodekrant, die auf derselben nördlichen Seite des Almathstromes liegen und kaum 1 Km. von unserm Ort entfernt sind, gehören zum Amtsgericht Heydekrug. Das jetzige Amtsgerichtsgebäude entspricht nicht nur nicht den modernen Anforderungen, sondern soll direkt gesundheitschädlich sein. In den nächsten Tagen sollen Kommissare des Justiz- und des Ministeriums für öffentliche Arbeiten eintreffen und das Amtsgerichtsgebäude in gesundheitlicher Beziehung einer eingehenden Prüfung unterziehen. Im ganzen sind der Justizverwaltung sechs Baustellen angeboten. Es handelt sich nun nur um die brennende Frage, ob das Amtsgericht bleibt oder nicht. Im ersteren Falle wäre vielleicht auch eine Erweiterung durch Vermehrung einer Richterstelle nicht ausgeschlossen. Hoffentlich werden die maßgebenden Personen alle Hebel in Bewegung setzen, daß uns das Amtsgericht erhalten bleibt. Nur wer mit den hiesigen Verhältnissen genau bekannt ist, kann ermessen, von welcher Tragweite die Verlegung des Amtsgerichts für unsern Ort wie für die hiesige Gegend wäre. Hoffen wir, daß das Justizministerium in für Ruß günstigem Sinne entscheidet.

\* — [Kirchliches.] Zur Notiz in der letzten Sonntagsnummer wird uns weiter mitgeteilt, daß noch nicht Beschluß darüber gefaßt ist, ob die Vorhänge an der Kirche in diesem Sommer noch gebaut werden sollen. Der angeführte Betrag von 3996 Mark umfaßt nur die alljährliche Kirchenumlage. Zur Beschaffung der Decken sind freiwillige Beiträge im Betrage von 900 Mark gesammelt.

Kn. — [Ein alter Beamter.] Am Sonnabend verstarb hier der ehemalige Briefträger Stahl im Alter von 88 Jahren. Der Verstorbenen bekleidete vor ca. 50 Jahren den Briefträgerposten hier, bei einem Gehalt von 7 Talern. Hier war damals nur eine Postverwaltung mit einem Postassistenten, einem Ortsbriefträger, zwei Landbriefträgern und eine Botenpost zwischen Ruß und Heydekrug, und dann sehr morgens und abends eine Fahrpost nach Heydekrug. Der Verstorbenen, der über eine seltene Nüchternheit bis an seinen Lebensabend verfügte, hat nicht weniger als vier Hochzeiten begangen: erst die grüne, die silberne, dann die goldene und dann wieder die grüne Hochzeit mit einer zweiten Frau, die er in seinen selbigen Jahren heiratete. Letztere starb vor Jahresfrist, und nun wollte er, wie Mann in den achtziger Jahren, wieder heiraten. Dieses ver-

eitelten aber seine außerhalb wohnenden Söhne, welche auch Beamte sind.

G. Tilsit, 26. April. [Die Grundsteuer nach dem gemeinen Wert.] Die bekanntlich auf Neue hier beantragt ist, wurde gestern abend in einer zahlreich besuchten Versammlung des Haus- und Grundbesitzer-Vereins einstimmig als eine Verschlechterung der alten Grundsteuerordnung gegenüber bezeichnet und verworfen. Wesentlich mitbestimmend zu diesem Entschluß waren Äußerungen der Königsberger Stadt. Mähter (Vorst. des Distr. Hausbesitzer-Verbandes) und Schönbauer, die schriftlich rieten, mit allen Mitteln gegen diese Steuer zu kämpfen.

G. — [Auf dem städtischen Wasserwerk] sind die Zustände auf die Dauer unhaltbar, da jedes Bauwerk infolge des schlechten Untergrundes Risse bekommt. Eine Instandsetzung und die erforderliche Erweiterung der Filteranlagen würde den ungeheuren Betrag von 330 000 Mark verschlingen, auch sind die laufenden Betriebskosten außerordentlich hoch. Durch zwei Autoritäten auf dem Gebiete der Wasserversorgung, Baurat Lindley aus Frankfurt a. M. und Wasserwerksdirektor Debusmann aus Breslau, sind nun im Auftrage der Stadt viele Bohrversuche in der ganzen Memelniederung angestellt worden, um ergiebige Grundwasserquellen zu finden. Die Sachverständigen empfehlen jetzt, auf dem Paulinischen Gelände Uebermemele auf der bereits dort im Betriebe befindlichen Pumpstation weitere umfassende Versuche und Beobachtungen anzustellen und um eine genaue Ergiebigkeit des vorhandenen Grundwasserstromes und die Beschaffenheit des geförderten Wassers längere Zeit (mindestens 1—2 Jahre) beobachten und studieren zu können, die Pumpversuche gleich soweit auszubehnen, daß mit dem geförderten Wasser die ganze Stadt versorgt werden kann. Die Kosten dieses neuen Grundwasserwerks betragen 290 000 Mark, bei endgültigem Ausbau etwa 402 000 Mk., wovon aber der Wert des alten Wasserwerks mit 70 000 Mk. abgeht, das dann verkauft werden kann.

D. Insterburg, 26. April. [Ostpreussische Gewerbeausstellung 1913 in Insterburg.] Der Plan, im Jahre 1913 in der Erinnerung an die Erhebung Ostpreußens vor 100 Jahren, die den Freiheitskrieg einleitete, in Insterburg eine Ausstellung für Handwerk und Landwirtschaft, Industrie, Gewerbe und Handel zu veranstalten, geht seiner Bewirkung entgegen. In einer gestern abend im Gesellschaftshaus stattgefundenen, von der Insterburger Handelskammer einberufenen Versammlung, zu der die Vertreter der städtischen Körperschaften, des Landkreises, der Handwerkskammer, des landw. Zentralvereins für Litauen und Masuren, der Industrie und des Handwerks erschienen waren, wurde die Ausstellungsfrage einer eingehenden Erörterung unterzogen. Der Vorsitzende der Handelskammer, Stadtrat Otto Eichbaum, erläuterte die Ansichten der Ausstellung, wobei er auf Grund statistischer Nachweise konstatierte, daß das Gewerbe und die Industrie Ostpreußens bedeutender seien, als man gewöhnlich annehme. Das lehre die Statistik. Wie er weiter mitteilte, habe Geheimrat Sack-Königsberg seiner vollen Sympathie für die Ausstellung Ausdruck gegeben. Die Versammlung sprach sich einstimmig für die Ausstellung im Jahre 1913 aus. Die Frage, ob man ein über die Provinz Ostpreußen hinausgehendes Gebiet der Beteiligung erschließen wolle, soll noch näherer Prüfung vorbehalten bleiben. Als Ausstellungsplatz wird voraussichtlich das Gelände in der Nähe des in Ostpreußen bekannten Sport- und Spielplatzes gewählt werden. Es wurde zum Schluß ein Komitee gewählt, das die Ausstellungsfrage einer weiteren Vorberatung unterziehen soll. Mitglieder des Komitees sind: Oberbürgermeister Dr. Kirchhoff, Bürgermeister Krüger, Stadtverordnetenvorsitzer Justizrat Jorke, Landratsamtsverwalter Regierungsjassessor Dverweg, Rittergutsbesitzer Dr. Brandes-Althof, Generalsekretär Finf. Handwerkskammerpräsident Dr. Fape und die Vertreter der Industrie und des Handwerks.

Königsberg, 26. April. [Eine Militärluftschiffhalle.] Wie sie im Westen des Reiches in Köln errichtet worden ist, wird nunmehr, der „R. S. Z.“ zufolge, im Osten in Königsberg errichtet. Der Plan für die Errichtung der Halle ist bereits ausgearbeitet und mit den Bauten, die unter der Leitung eines besonderen Militärbauamts stehen, bereits begonnen worden. Die Luftschiffhalle wird auf Amalienauer Terrain in der Nähe von Hardershof errichtet werden und eine Länge von etwa 150 Metern haben. Regierungsbaumeister Willasch, der die Luftschiffhalle in Köln errichtet hat, ist mit der Leitung des Baues auch in Königsberg beauftragt worden. Wie wir hören, werden die Arbeiten für die Halle, neben der auch noch eine Kaserne und eine Wasserflößsaustattung errichtet werden sollen, so gefördert werden, daß im Herbst die Hochbauten beendet sind. Für das Kaisermandat kommen die neuen Anlagen in Königsberg noch nicht in Betracht. Bei diesen wird, dem Vernehmen nach, wie in früheren Jahren, eine aus eisernen, mit Segeltuch überpannten, Masten bestehende, zerlegbare Luftschiffhalle zur Verwendung kommen, die an einem geeigneten Ort aufgestellt werden wird. Die Halle ist bereits in Königsberg eingetroffen und einsteilen in einem Exerzierhause untergebracht worden.

W. — [Tödlischer Unfall.] Gestern gegen Abend stürzte das etwa 1 1/2 Jahre alte Kind der Arbeiterfrau Passenheim, die ihre drei Kinder allein in der Wohnung zurückgelassen hatte, aus dem Küchenfenster des dritten Stockes und war sofort tot. Der etwa 3 Jahre alte Bruder war gleichfalls auf die Fensterbank geklettert, konnte aber im letzten Augenblick von einer Nachbarsfrau vor dem Sturz bewahrt werden.

— [Fürsorge für gefallene Mädchen.] Seit Jahresfrist ist beim Polizeipräsidenten die Stelle einer Fürsorge-dame geschaffen, deren Aufgabe es ist, stiftlich gefallenen Mädchen bei der Beschaffung eines ehrlichen Erwerbes behilflich zu sein und sie vor ganzlichem sittlichem Verderben zu schützen. Diese Einrichtung hat sich, der „R. Hart. Ztg.“ zufolge, aufs Beste bewährt. Es hat eine größere Anzahl dieser Mädchen zunächst sofort kostenlose Aufnahme in einem durch private Wohltätigkeit errichteten Heim gefunden, von wo aus den Mädchen durch die Fürsorge-dame Stellung vermittelt, oder ihre Rückkehr ins Elternhaus erwirkt wurde. Es handelte sich zumeist um junge und unerfahrene Mädchen, die den Verlockungen des Großstadtlebens zum Opfer gefallen waren und die ohne diese Fürsorge sicher vollkommen verwahrloßt wären.

B. B. Allenstein, 26. April. [Zu der Hauptverhandlung gegen die Frau v. Schönebeck-Weber] vor dem Schwurgericht in Allenstein werden etwa 55 Zeugen geladen werden, darunter nicht weniger als neun medizinische Sachverständige. Die Anklageschrift lautet auf Verbrechen gegen die §§ 48 bezw. 21 des Strafgesetzbuches. Dieselben lauten: „Als Anstifter wird bestraft, wer einen Andern zu der von ihm begangenen strafbaren Handlung durch Geschenke oder Versprechen, durch Drohung, durch Mißbrauch des Ansehens oder der Gewalt, durch absichtliche Verbeistimmung oder Beförderung eines Irrtums oder durch andere Mittel vorsätzlich bestimmt hat. Die Strafe des Anstifters ist nach demjenigen Gesetze festzusetzen, welches auf die Handlung selbst Anwendung findet, zu welcher er wesentlich angestiftet hat.“ Es kommt also hier der Mordparagraf 21: „Wer vorsätzlich einen Menschen tötet, wenn er die Tötung mit Ueberlegung ausgeführt hat, wegen Mordes mit dem Tode bestraft“ in Anwendung. Der Anklage-Eröffnungs-Beschluß erblickt in dem Geständnis des Hauptmanns v. Goeben in Verbindung mit feststehenden Indizien die dringenden Verdachtsmomente, indem von der Beschuldigten unter dem Weihnachtsbaum das Versprechen abgegeben wurde, wenn der Major v. Schönebeck befreit sei, wolle sie als sehr vermögende Frau ihn, den Geliebten, heiraten. Frau v. Schönebeck soll ihm dann den Revolver ihres

Mannes verschafft und an dem kritischen Abend die Jagdhunde des Majors, die heiz im Parterre untergebracht waren, nach dem zweiten Stod geschafft haben, damit Goeben unbemerkt nach seinem offiziellen Fortgang durch das in der Winternacht von ihr geöffnete Parterrefenster einsteigen konnte. Tatsächlich ist denn auch Goeben ungehindert eingestiegen und hat den Major überfallen, ohne von den Hunderten, welche sonst bei dem leisesten Geräusch anschlagen, gestört zu werden. Als ein Novum in der Strafverfolgung wird von namhaften Juristen bezeichnet, daß die der Mordbeteiligung durch den Eröffnungsbeschluß dringend verdächtig erklärte Angeeschuldigte sich auf freiem Fuß befindet und nicht gleichzeitig ihre erneute Verhaftung angeordnet worden ist. In ähnlichen Fällen haben die Gerichte Konditionen von einer halben Million abgelehnt, während Frau von Schönebeck nur 50 000 Mark gestellt hat.

Lyf. 25. April. [Wesizwechsel.] Die Ostpreussische Landgesellschaft m. b. H. hat das dem Gutsbesitzer Lübring gehörige, in der Landgemeinde Jäschken, 2 Kilometer von Marggrabowa beleagene Gut Jäschken Nr. 32 in einer Größe von 200 Hektar zwecks Aufteilung angekauft.

Elbing, 25. April. [In der Reimerswalder Mord-sache] wird berichtet, daß die 14jährige Tochter der Frau Gudde eine wichtige Mitteilung dahin gemacht hat, daß in der Mordnacht die Mutter vollständig angezogen an das Bett der Tochter herangetreten sei und sie geweckt habe. Die „Elb. Ztg.“ stellt demgegenüber fest, daß diese Aussage unrichtig ist. Uebrigens habe Frau Gudde gar keine Kinder. In der nächsten Schwurgerichtssitzung, die Ende Juni stattfindet, wird der Mord wahrscheinlich noch nicht zur Verhandlung gelangen, da mangels eines Geständnisses ein sehr großer Zeugenapparat aufgebaut werden muß. Frau G. ist zurzeit im Krankenhaus, um sich einer Schultersoperation zu unterziehen.

S. & H. Danzig, 25. April. [Die Tragödie eines Stiefkindes.] Die Geschichte der unglücklichen Stiefmutter ist durch einen besonders trafen Fall bereichert worden, der vor der hiesigen ersten Strafkammer zur Verhandlung kam. Es handelt sich um die jetzt 15 Jahre alte Kranta Ziemer, die von ihrem Vater und ihrer Stiefmutter in grausamer Weise mißhandelt worden ist. Kompliziert wurde der Fall noch dadurch, daß an dem unglücklichen Kinde, als es 13 Jahre alt war, von der im Hause der Eltern bedienenden Wirtschaftlerin Reipelcher Sittlichkeitsverbrechen im Sinne des § 176 Abs. 3 begangen wurden. Da diese Dinge mit zur Verhandlung standen, wurde unter Ausschluß der Öffentlichkeit verhandelt. — Die Beweisaufnahme ergab, daß beide Eltern das Kind in vielen Fällen so schwer gequält haben, daß die Mißhandlungen sich als schwere Körperverletzung qualifizierten. Der Vater prügelte seine Tochter mit einem Besenstiel und einem hiesigen Hohnstod und bearbeitete sie sogar mit den Stiefelabsätzen. Die Mutter, die glaubte, daß sich das Kind nicht genügend wasche, biß sie dessen Körper so lange mit einer Schenkerbüchse, bis das Blut hervorströmte. Da die Wunden nicht genügend gepflegt wurden, gingen sie schließlich in Eiterung über. Die ganze Nachbarschaft nahm an der Behandlung des Kindes Anstoß und erstattete schließlich Anzeige. Die angeklagten Eltern behaupten, daß sie ihr Kind nur gequält, und zwar in zulässiger Weise, wenn es Schläge verdient hatte. Dem Mädchen wurde dagegen von Lehrern und bekannten Personen der Nachbarschaft ein überaus gutes Zeugnis ausgestellt. Es hatte unter den sonstigen Mißhandlungen so sehr zu leiden, daß es sich längere Zeit mit Selbstmordgedanken trug. Das Mädchen erhielt schließlich einen Pfleger, unter dessen Schutz es förmlich wieder auflebte. — In der Verhandlung wurden auch drei ärztliche Sachverständige über die Schwere der Mißhandlungen vernommen. — Das Urteil des Gerichts lautete gegen den Vater auf sechs Monate, gegen die Stiefmutter auf drei Monate Gefängnis. Außerdem erhielt letztere wegen schwerer Befeldigung des Kindes auf sittlichem Gebiete eine Woche Gefängnis. — Die Wirtschaftlerin Reipelcher wurde zu einem Jahre Gefängnis verurteilt und sofort in Haft genommen.

Thorn, 24. April. [Ballonunfall bei Thorn.] In vergangener Nacht um 12 Uhr trafen in Thorn mit der Bahn vier Luftschiffer ein, von denen zwei im Hotel „Thorner Hof“ abstiegen, während die beiden anderen die Reise fortsetzten. Wie die ersten Herren, die sich als Blum und Weber, Kaufleute aus Dresden, in das Fremdenbuch eintrugen, mitteilten, sind sie nach 17stündiger Ballonfahrt von Dresden in der Nähe von Thorn gelandet, nachdem sie russisches Gebiet passiert, wo die Rosjaken auf den Ballon schossen, ohne ihn jedoch zu beschädigen. Beim Landen in heftigem Winde brach der „Preife“ zufolge, einer der Insassen ein Bein, ein zweiter verrenkte sich den Arm. Nachdem der letztere sich hier in ärztliche Behandlung gegeben, traten die Reisenden heute mittag die Heimreise nach Dresden an.

## Handel.

### Der Saatenstand des Deutschen Reiches

war Mitte April, wenn 2 gut, 3 mittel bedeutet folgender: Winterweizen 2,2, Vorkjahr 3,1, Winterspelz 2,1, Vorkjahr 2,7, Winterroggen 2,4, Vorkjahr 3,0, Klee 2,3, Vorkjahr 2,8, Luzerne 2,4, Vorkjahr 2,7, Bewässerungswiesen 2,3, Vorkjahr 2,8, andere Wiesen 2,7, Vorkjahr 3,1. Unter den Bemerkungen heißt es: Die Witterung des Winters war allgemein recht mild und für die Entwicklung der Saaten sehr geeignet; auch das Frühjahrswetter war bisher günstig, wenn auch das Wachstum der Pflanzen in den letzten Wochen durch Nachfröste und mangelnde Niederschläge wieder etwas zurückgedrängt wurde. Als eine unangenehme Folge des milden Winters ist das starke Auftreten der Feldmäuse, die Verunkrautung der Saaten und Schneckenfraß anzusehen. Die Frühjahrseinstellung ist größtenteils beendet. Die Herbstsaaten sind gut durch den Winter gekommen und stehen teilweise recht üppig. Klee und Luzerne sind ebenfalls in letzter Zeit in der Entwicklung etwas zurückgeblieben und zeigen stellenweise lückenhaften Bestand durch Mäusefraß; trotzdem wird der Stand im großen und ganzen günstig beurteilt. Der Stand der Wiesen läßt noch keine sichere Beurteilung zu.

### Zusolvenz.

— Vor einiger Zeit berichteten wir, daß der Mühlen- und Holzindustrielle Joachim von Kleist in Klein-Dubrowo (Pommern), welcher auch umfangreiche Mittergüter und in letzter Zeit unter der Firma „Vereinigte Klein-Dubrowoer Mühlenwerke“ eine Filiale in Berlin besaß, infolge verfehlter industrieller Spekulationen die Zahlungen einstellte. Es stellt sich jetzt heraus, daß die Verbindlichkeiten gegen 1 Million Mark betragen und die Gläubiger auf eine Dividende nicht zu rechnen haben. Ueber das Vermögen von Frau von Kleist ist ebenfalls der Konkurs eröffnet worden. Diefelbe hat bedeutende Wechselsummen girirt und Garantien für verpfändete Lebensversicherungspolice übernommen. Veruche verwandter Großgrundbesitzer einen Vergleich herbeizuführen, scheiterten an der Höhe der Verbindlichkeiten.

### Russischer Handelskredit.

Wie der Handelsvertragsverein von zuständiger Stelle aus Petersburg erfährt, soll unter der Firma „Russischer Handelskredit“ eine Aktiengesellschaft gegründet werden, welche sich speziell mit dem Warenhandel innerhalb Rußlands und zwischen Rußland und dem Auslande, sowohl für eigene Rechnung als auch kommissionsweise unter gleichzeitiger Bevorschussung der Konfigurationslager befassen soll. In den Initiatoren gehören u. a. die Mitglieder des Reichstages Deynsoff

und Gledoff, ferner der frühere Handelsminister Federoff. In einigen Konferenzen, welche von den Initiatoren unter Beteiligung von Vertretern hiesiger Banken, Kapitalisten und Industriellen abgehalten wurden, wurde allgemein anerkannt, daß die Gründung einer ähnlichen Organisation einem tatsächlichen Bedürfnisse für Industrie und Handel entspricht. Allerdings wurde darauf hingewiesen, daß verschiedene Industrien, wie z. B. die Eisen-, Kohlen-, Zement-, Glas- und Zündhölzler-Industrien, bereits in den Verkaufsbureaus der betreffenden Syndikate entsprechende Organisationen besitzen, anderen Industrien, wie z. B. den Zucker- und Mühlenindustrien, in den Banken schon die erforderlichen Kommissionsinstitute zur Verfügung stehen. Von den Großindustrien wären also in erster Reihe die Textilbranche (in zweiter Reihe die Gerbereien) auf die neue Organisation angewiesen, und es wurde deshalb als notwendig erachtet, daß ungefähr die Hälfte des Aktienkapitals von den Textilfabrikanten aufzubringen sei; zu diesem Zwecke wurde der eine der Initiatoren, Herr Wladimir Kofenthal, nach Moskau und Lódz delegiert. In Moskau soll die Idee guten Anklang gefunden haben, wenigstens über die Höhe der dortigen Kapitalzeichnungen noch nichts Bestimmtes verlautet. Die Lódz Industriellen

verhalten sich bis jetzt reservierter, sobald die Unterhandlungen mit ihnen noch nicht zum Abschluß gelangt sind.

### Zeitschriften und Bücherschau.

Meyers kleines Konversations-Lexikon. Siebente, gänzlich neubearbeitete und vermehrte Auflage. Mehr als 135 200 Artikel und Nachweise auf 2552 Seiten Text mit 639 Illustrationstafeln (darunter 86 Farbendrucktafeln und 147 Karten und Pläne) und 127 selbständige Textbeilagen. 6 Bände in Halbleder gebunden zu je 12 Mark. (Verlag des Bibliographischen Instituts in Leipzig und Wien.) Mit dem jetzt fertig vorliegenden Band („Zahnberg“ bis „Zwizic“) ist der Abschluß eines wahrhaft praktischen, zeitgemäßen und allenthalben notwendigen Wertes zu begrüssen. Wir hatten schon des öftern Gelegenheit, rühmend der Vorzüge der Artikel des „kleinen Meyer“ neben aller Eleganz seiner Ausstattung, der Material- und Beilagenfülle sowie der Preiswürdigkeit zu gedenken, so daß wir uns darauf beschränken, heute nur einige Seiten zu streifen, die uns im letzten Bande für den politisch versanlagten Leser von Interesse scheinen. Der vom Streite der Meinungen ganz besonders unumwogen „Reichsfinanzreform“ ist ein klarer überblicklicher Artikel des des Wert bis auf den Stand der Gegenwart fortgeführten Nachtrags gewidmet, dem sich zur weiteren Orientierung eine Beilage „Steuern und Zölle“ mit Uebersicht über „Staatsschulden“, „Sonderartikel über „Tabak“,

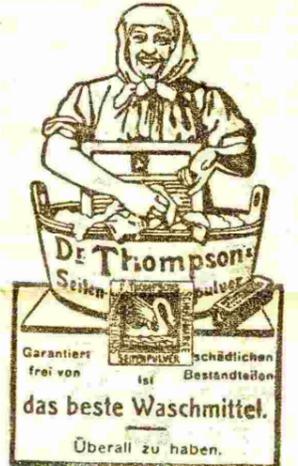
„Zuckersteuer“ usw. anschließen, wobei man auch der schon in den früheren Bänden gebrachten einschlägigen Aufträge nicht vergessen darf. Der etwa über die „Wohnungsfrage“, den Bau von „Wohnhäusern“ und „Theatern“, über die Entwicklung der „Zeitungen“, „Sandhebung der Pflanz“, den Welttelegraphenverkehr (Aerial Telegraph) oder über das ganze Gebiet des „Strafrechts“ mit dem besonders interessanten Kapitel der „Straffälligkeit“ (Tabellen über Verbrechen und Vergehen) unterrichtet sein will, der greife zu diesem Bande. Dem Landwirt wird sogar der gediegene Artikel „Wirtschaft“, dem Sozialpolitiker werden „Währung“, „Wechsel“ und „Solvenz“ nicht vieles Anregende bieten; neueste Geschichte bringen die „Tartar“ und besonders die Aufsätze aktuellen Nachtragsartikeln, auch über die eben gemachten Ergründungen der „Luftschiffahrt“ und der „Polarforschung“. In buntem Wechsel mögen sich noch anreihen: „Sicherheitsdienst“ und „Taubensport“, „Zigeuner“, „Unberührt“, „Unterseeboot“, „Zukunftsfeld“ usw., um aus der Fülle nur einige herauszugreifen. Betrachtet man daneben noch das nach allen Richtungen hervorragende Abbildungsmaterial, das uns unter anderem neben „Uniformen“, „Volkstrachten“, „Wappen“, „Telegraphie“, „Tunnelsbau“, „Talsperren“, „Seeminen“, das Neueste und Beste an „Tropenbau“, „Tropengebäude“, über „Unfallhilfe“ und „Verordnungsmotoren“ bringt, so schwebt einem nur die eine Frage auf den Lippen: Wie bringt es der Verlag fertig, ein derartig gediegenes, reichlich ausgestattet, modernes und stets auf der Höhe der Zeit stehendes Konversations-Lexikon mittlern Umfanges derart preiswürdig zu bieten? Doch der Leser prüfe selbst. Es lohnt sich, den kleinen Betrag für solch Wert anzulegen.

**Drainage- u. Vorflutprojekte** nebst Ausführung zu billigen Preisen. Proj. v. M. 3.50. Ausführ. v. 12 Pf. v. m. Sauer u. 60 Pf. p. cbm ab, über. Mari-Kulturung. C. J. Krohn-Tilfit. In Düppelstr. 20000 Morg. in 10 Z. ausgef. Gute Ref.

**Lyra-Fahrräder** sind die besten u. die billigsten. Prachtkatalog (400 Seiten stark) umsonst und portofrei. Lyra-Fahr.-Werke Hermann Klages in Prenzlau. Postfach Nr. F. 358

**Reisefasser, Reisetaschen, Handtaschen u. Compósser** in dauerhafter Handarbeit offeriere billigst.

**R. Behrendt, Sattlerstr.,** Polangenstr. 2.



**De Thompson's** Seifenpulver  
Garantiert frei von schädlichen Bestandteilen  
das beste Waschmittel.  
Überall zu haben.

**Bruteier** von meinen Plymouth-Rocks gebe noch ab, Duzend 3.50 Mk.  
**E. Franz, Försterei bei Memel.**  
Ein leichter Arbeitswagen für alt zu verkaufen.  
Siedoberg, Schmeltz.

Ein gutgehendes **Buckgeschäft** ist für jeden annehmbaren Preis zu verkaufen. Schriftliche Anfragen unter Nr. 44 D. an die Expedition dieses Blattes erbeten.

Das **Hausgrundstück** Schmeltz, Mühlenstr. Nr. 64, ist preiswert bei geringer Anzahl. von 100. zu verkaufen. Näheres bei Altiger M. Kapust dafelbst oder Kapust, Klösch-Bartel.

**Grundstücks-Verkauf.** Das zum Nachlasse der verstorbenen Frau **Emilie Braun** gehörige Grundstück Memel Holzstraße Nr. 8 soll erbschaftshalber verkauft werden. Reflektanten belieben sich zu wenden an den

**Testaments-Vollstrecker** Bureau-Vorsteher **Hellwig,** Kehrweiderstraße 5, auch Bureau der Herren Rechtsanwält Borchert & Schröder.

Ein kleines Grundstück mit großem Hof u. Garten steht z. Verkauf. Wo? sagt die Exp. d. Bl.

**Arbeitswagen** (Einspanner) zu verkaufen. Oberstraße 13.

Umständehalber ist ein moderner **Bücherschrank** zu verkaufen. Zu erfragen in der Expedition d. Bl.

**Für Stotternde!**  
Am **Donnerstag, den 28. d. Mts.** von 11—1 und von 2—7 Uhr findet in **Memel, British Hotel** eine Sprechstunde statt, in der Auskunft über mein **neues radikales Heilverfahren** erteilt wird. Praktische Ärzte und Lehrer, die zur Zeit selbst Stotternde unterrichten sind zuerst von mir geheilt. (Manche hatten vorher bis zu 8 Anstalten ohne den erwünschten Erfolg besucht.) Diesbezügliche Originalzeugnisse stehen zur Verfügung. **Leidende können sich mit Hilfe meiner sehr einfachen Methode durch Selbstunterricht in kurzer Zeit von dem Uebel befreien** (ohne Medikamente). Bei Kindern kann das Uebel von den Eltern beseitigt werden. Versäume es im eigenen Interesse kein Leidender meine Sprechstunde zu besuchen. Im letzten Jahre gingen bei mir über 500 Dankgebühren von Personen ein, die sich in kurzer Zeit mit meiner Methode selbst geheilt haben. Diese Briefe liegen in der Sprechstunde zur gefälligen Einsicht aus. Früher war ich selbst sehr starker Stotterer und habe mich, nachdem ich viele Kurse in den berühmtesten Anstalten ohne dauernden Erfolg besucht hatte, durch meine Methode selbst geheilt. Mein Verfahren hat sich derartig gut bewährt, daß ich bei allen Leidenden die Garantie übernehme, jeden in einem abgublenden Kursus **umsonst** zu unterrichten, der sich mit Hilfe meiner sehr einfachen Methode nicht selbst von dem Stotterübel befreit. Meine Methode wird sogar von Behörden erworben und in Schulen angewendet. Ein sicheres Zeichen, daß sie sich glänzend bewährt. Für die Auskunftserteilung ist eine Gebühr von 1 Mk. zu entrichten.  
**Internationale Sprachheil-Anstalt,** Hannover, Brühlstr. 11, Fernsprecher 5371.  
**Dir. Warnecke.**

**Wagenfabrik** von **Max Lemke** empfiehlt **Luxus- und Gebrauchswagen.** Neuanfertigungen u. Reparaturen schnell u. billigst.



**Persil**  
gibt blendend weiße Wäsche, ersetzt die Rasenbleiche und spart Zeit, Arbeit und Geld! Alleinige Fabrikanten: **Henkel & Co., Düsseldorf,** auch der seit 34 Jahren weltbekanntesten **Henkel's Bleich-Soda**

**Duroleum**  
Aeltestes und bewährtestes **Fussboden-Glanzöl** der neuen Methode  
trocknet in ca. 5 Stunden bei 15° R. absolut hart.  
Zu haben in allen besseren Drogen- und Kolonialwaren-Geschäften, wo durch Plakate kenntlich.  
**Walsöe & Hagen, Hamburg.**



**JUST-WOLFRAM-LAMPE**  
70% stromsparende Glühlampe  
Man verlange bei allen Elektricitätswerken, Grosshändlern und Installateuren ausdrücklich  
**Wolfram-Lampe** der **Wolfram Lampen A. G. Augsburg**  
2 Sak a. Betten, eine Nähmaschine fortzugshalber zu verkaufen. Zu erfr. i. d. Exp. d. Bl.  
**Eleganter Kinderwagen** zu verkaufen. **Braun, Kl. Börsenstr. 1.**

Wer etwas zur Kenntnis der **litauischen Bevölkerung** des **Kreises Memel** bringen will, annonceiere in der zweimal wöchentlich erscheinenden **„Lietuwizka Ceitunga“.**  
Die nächste Nummer kommt **Freitag** zur Ausgabe und werden Anzeigen bis **morgen früh** erbeten. Der Preis beträgt **10 Pf.** für die Corpus-Spalzseite.  
Die Uebersetzung ins Litauische erfolgt kostenlos.  
**F. W. Siebert.**

Eine vollständige **Mehl-Einrichtung** hat billig zu verkaufen **F. H. Leppert.**

**Damen** finden freundliche diskrete Aufnahme in meiner Privat-Entbindungs-Anstalt. **Königsberg, Krönchenstraße 5, 1 Et., Tel. 3538.** Witwe **M. Zimmermann.**

**3000 Mk.** hinter 4000 Mk. Landschaft auf ländliches Grundstück gesucht. **Heygster, Rechtsanwält.**

Landgrundstück zu kaufen gesucht, wenn ein städtisches in Zahlung genommen wird. Offerten unter „Grundstück“ in der Exp. d. Bl. erb.

**Gutskauf-Tausch.** Kaufe Gut v. 3—700 Morg. wenn Königsb. Hans i. Zahlung genommen wird, eventl. zahle zu. Bin Selbstkäufer. Off. unt. **M. A. 965** an **Haasenstein & Vogler** N.-G. Königsberg i. Pr. erb.

**Guterh. Sorgstuhl** mit hoher Kopflehne zu kaufen gesucht. Off. u. 623 an die Exp. d. Bl. erb.

Für mein Holzgeschäft suche ich einen **tüchtigen jungen Mann.** Meldungen mit Gehaltsansprüchen und Zeugnisabschriften erbeten unt. **R. 626** an die Exp. d. Blattes.

**Tüchtiger, nüchterner Kreiser** findet bei hohem Akkordlohn und Wohnung dauernde Stellung. **Gebr. Reschke, Dampfzägewerk, Rastenburg.**

**Tüchtiger Kutscher** kann sich melden. **Otto Grossmann.**

Ein **älterer Hausmann** kann sofort eintreten. **Hotel Franz, Försterei.**

**Pferdedung** zu haben Polangenstr. 10.  
**Schachtmeister oder Vorarbeiter,** energisch, der litauischen Sprache mächtig, findet sofort dauernde Beschäftigung. Gesuche mit Lohn-Ansprüchen sind zu richten an **Stein-Verwertungs-Gesellschaft m. b. H.,** Dawillen, Kr. Memel.

**Mühlente, Plazarbeiter und Plazjungen** stellen ein **Alfred Ehmer & Co.,** Königlich Schmeltz.

**Tüchtige Malergehilfen** finden dauernde Beschäftigung. **A. Lietzmann.**

1 **Capezierlehrling** von sofort gesucht. **Bruno Lettmann, Möbelfabrik.**

Portier, a. e. Hausmann für Bad w. per sof. gesucht, Aufwärt. für hier f. Vormittag t. f. melden. Frau J. Greulich, Hohe Str. 22.

Für ein gem. Warengeschäft wird per 1. Mai eine **jüngere tüchtige**

**Verkäuferin** gesucht. Litauische Sprache erforderlich. Off. mit Gehaltsangaben. Zeugnisabschriften unt. **X. 624** an die Exp. d. Bl. erbeten.

Eine **Nähterin** kann sich melden **Ferdinandstr. 3.**

Für Schwarzort Hotel „Kur. Hof“ wird ein **älteres Fräulein** für die Konditorei gef. Angenehme Stelle, Gehalt 30 Mk. monatl. Meld. Mittwoch v. 10—11 Uhr. **Joh. Eckert, Polangenstr. 12.** Kaffeemaisel, Stuben- u. Küchenmädchen, Aufwärt., Hausmann u. Kutscher dr. auch.

**Tüchtige, flotte junge Frau oder Mädchen** zum Scheuern und Rännewaschen für dauernd bei hohem Lohn melde sich **Zentral-Molkerei Memel.**

**Junges Mädchen** zur Erlernung der feinen Küche sucht **Hotel de Russie.**

1 **besseres Kinder mädchen** für Försterei (Sommer über) kann sich sofort melden bei **Louise Buddrick.**

**Wohnung** von 3 Zimmern und Zubehör nebst Garten im Hause Weststraße 6 von sofort zu vermieten. Näheres im Kontor Alexanderstraße 19, gegenüber der Post.

**Bekanntmachung.** Die Lieferung der zum **Neubau der höheren Mädchenschule** erforderlichen **500 cbm Granit-Steinblöck** soll öffentlich verdingen werden. Angebote hierauf sind verschlossen und mit entsprechender Aufschrift versehen bis zu dem am **Freitag, den 6. Mai,** vormittags 11 Uhr, im hiesigen Stadtbauamt, Abt. I, stattfindenden Termin einzufenden. Bedingungen können dafelbst eingesehen oder gegen postfreie Einfindung von je 1,00 Mk. bezogen werden.

**Bekanntmachung.** Die Lieferung der zum **Neubau der höheren Mädchenschule** erforderlichen **500 cbm Granit-Steinblöck** soll öffentlich verdingen werden. Angebote hierauf sind verschlossen und mit entsprechender Aufschrift versehen bis zu dem am **Freitag, den 6. Mai,** vormittags 11 Uhr, im hiesigen Stadtbauamt, Abt. I, stattfindenden Termin einzufenden. Bedingungen können dafelbst eingesehen oder gegen postfreie Einfindung von je 1,00 Mk. bezogen werden.

Memel, am 23. April 1910. **Der Magistrat.**

**Tüchtiges, saub. Dienstmädchen** b. hoh. Lohn sof. ges. Meld. zwischen 12 u. 1 Uhr Friedr.-Wilh.-Str. 47, II.

**Bekanntmachung.** Der monatlichen Kassenrevision wegen bleibt die Sparkasse am **Donnerstag, d. 28. d. Mts.,** nachmittags **geschlossen.** Memel, den 26. April 1910. **Der Vorstand der Sparkasse.**

**Bekanntmachung.** Die **Erdb., Maurer- und Asphaltarbeiten** zum **Bau der hiesigen höheren Mädchenschule** sollen in öffentlicher Ausschreibung verdingen werden. Die Verdingungsunterlagen liegen im Stadtbauamt, Abteilung I aus und können von da gegen post- und feststellgebühren Einfindung von 4,50 Mark in bar bezogen werden. Dafelbst können auch die Ausführung-Zeichnungen eingesehen werden.

Die Angebote sind mit der Aufschrift „Angebot auf Ausführung von Erd-, Maurer- und Asphaltarbeiten zum Neubau der höheren Mädchenschule“ zu versehen und bis zu dem Termine am **Dienstag, den 10. Mai 1910,** vormittags 11 Uhr, versiegelt und postfrei einzureichen. Memel, den 23. April 1910. **Der Magistrat.**

**Bekanntmachung.** Die Lieferung der zum **Neubau der hiesigen höheren Mädchenschule** erforderlichen **Mauermaterialien** und zwar: **Los I: 1100 cbm gelblichen Kalk und 1200 hl hydraulischen Kalk,** **Los II: 1300 Tonn. Zement,** **Los III: 2350 cbm Mauer- sand und Quisand,** **Los IV: 2000 Mille Mauerziegel,** soll öffentlich verdingen werden. Angebote hierauf, jedes Los getrennt, sind verschlossen und mit entsprechender Aufschrift versehen bis zu dem am **Donnerstag, den 12. Mai,** vormittags 11 Uhr, im hiesigen Stadtbauamt, Abt. I, stattfindenden Termin einzufenden. Bedingungen können dafelbst eingesehen oder gegen postfreie Einfindung von je 1,50 Mk. bezogen werden.

Memel, den 23. April 1910. **Der Magistrat.**

**Aufgebot.** Die Besitzerin Gertrud Zimmermann, geb. Hausknecht, in Eglienen, vertreten durch den Justizrat Valentin und den Rechtsanwält Goddowsky in Memel, hat das Aufgebot zum Zwecke der Ausschließung des Gläubigers der auf dem Grundbuchblatt des ihr gehörigen Grundstücks Memel Nr. 1429 Abteilung III Nr. 6 für den verstorbenen Partikulier **Ednard Zachehner** in Memel eingetragen, zu 5% verzinslichen Hypothek von 4000 Mk., gemäß § 1170 B. G. B. beantragt. Der Gläubiger wird aufgefordert, spätestens in dem auf den **25. Juni 1910,** vormittags 11 Uhr, vor dem unterzeichneten Gericht, Zimmer Nr. 6, anberaumten Aufgebotstermine seine Rechte anzumelden, widrigenfalls seine Ausschließung mit seinem Rechte erfolgen wird.

Memel, den 24. April 1910. **Königl. Amtsgericht, Abt. 4.**